



Interviews

Datum: 30.01.2023

Katharina Barley im Gespräch mit Moritz Küpper

Moritz Küpper: Am Telefon ist nun Katarina Barley (SPD), Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und Spitzenkandidatin ihrer Partei bei der anstehenden Europawahl. Guten Morgen!

Katarina Barley: Schönen guten Morgen!

Küpper: Frau Barley, wird das auch in diesem Wahljahr „Viktor Orbán gegen alle, alle gegen Viktor Orbán“?

Barley: Man muss schon fast sagen, hoffentlich wird es das mal, denn viel zu lange hat man Viktor Orbán ja gewähren lassen. Viel zu lange hat man ihn groß werden lassen. Es ist seit vielen Jahren absehbar, in welche Richtung er geht, und die Kommission war die ganze Zeit über zu zögerlich. Das Europäische Parlament hat immer wieder angemahnt, schärfer gegen ihn vorzugehen, zu einer Zeit, wo das noch ging, auch bei den finanziellen Mitteln, und jetzt sind wir in der Lage, in der wir sind.

Küpper: Sie sagen, man hat Orbán groß werden lassen. Wie kriegt man Orbán denn klein?

Barley: Man hätte vorher – er regiert ja schon seit 2010 und baut scheinbar die Demokratie ab, so dass davon jetzt nicht mehr viel übrig ist in seinem Land. Da hätte man reagieren können mit schärferen Strafen vor allen Dingen da, wo es ihm am meisten weh tut, beim Portemonnaie. Wir haben Urteile des Europäischen Gerichtshofs in Massen. Wir haben als Parlament der Kommission einen Mechanismus an die Hand gegeben, Gelder einzubehalten. All das hätte man viel früher und viel konsequenter einsetzen müssen.

Küpper: Sie sagen, man hätte das machen müssen. Was kann man denn jetzt tun?

Barley: Diese Möglichkeiten hat man immer noch. Man hat ja – das kam in dem Bericht auch heraus – immer noch Gelder, die zurückgehalten werden. Aber jetzt reicht es insofern

nicht mehr, als er total eskaliert. Ich halte das, was da in der Financial Times berichtet worden ist, in der Form für inakzeptabel. Es geht nicht darum, jetzt ein Land zu schädigen, sondern es geht darum, einer Regierung ganz klarzumachen, was sie aufs Spiel setzt. Es ist gut, dass Orbán isoliert ist, auch, dass Robert Fico in der Slowakei die Linie der Europäischen Union hält. Aber er muss jetzt wirklich klargemacht bekommen: Wenn er weiterhin nur Stöcke in die Speichen wirft, dann wird der Rest der Europäischen Union mit ihm auch nicht kooperieren.

Küpper: Das heißt – Sie haben es gerade schon angedeutet, wir haben es auch gehört -, man wird über Artikel sieben beispielsweise spekulieren, nach dem Ungarn das Stimmrecht im Europäischen Rat entzogen werden könnte. Ist das eine Forderung, die Sie sich als ultima ratio zu eigen machen würden?

Barley: Ja, das ist auch gar nicht weit entfernt. Das Artikel sieben Verfahren läuft ja schon gegen Ungarn. Das Europäische Parlament hat das angestrengt. Es gibt im Artikel sieben mehrere Absätze. Der Absatz eins läuft, dass man feststellt, dass kontinuierlich gegen Rechtsstaat verstoßen wird. Aber es gibt auch den Absatz zwei, wo die Sanktionen festgelegt sind, und ich habe in meinem Grundrechtebericht gerade jetzt in der letzten Sitzungswoche verlangt, dass man diesen Artikel aktiviert, dass man darauf hinwirkt. Das ist das schärfste Schwert, was die Europäische Union hat, und ganz offensichtlich ist jetzt der Zeitpunkt, es zu ziehen.

Küpper: Was meinen Sie, was glauben Sie, was würde das bewirken, auch hinsichtlich der Europawahl? Auch in Ungarn wird ja gewählt werden.

Barley: Sie treffen genau den Punkt. Viktor Orbán ist nur an einem interessiert und das ist seine eigene Macht und möglichst viel Geld aus der Europäischen Union herauszuholen, vor allen Dingen für seine eigenen Taschen und die seiner Familien und Freunde. Es geht darum, innenpolitisch zu wirken, Viktor Orbán auch die Möglichkeiten zu nehmen, mit diesem Kampf gegen die EU innenpolitisch zu punkten. Das ist jetzt nicht ganz kurzfristig zu machen, aber wir haben neue Regeln bei Medien. Viktor Orbán hat angefangen, die Demokratie abzubauen, indem er sich quasi die komplette Medienlandschaft einverleibt hat. Wenn Sie dort sind und die Nachrichten hören, glauben Sie wirklich, Sie sind in einem Paralleluniversum, gerade wenn es um den russischen Krieg in der Ukraine geht. Man muss jetzt auch ernstmachen mit den Mechanismen, die wir haben, um dieses absolute staatliche Regierungsmedienmonopol aufzubrechen.

Küpper: Muss auch auf Seiten der EU die Diskussion vorangetrieben werden? Im Dezember auf dem Gipfel hat Orbán den Raum verlassen. Das wurde zwar damals positiv begrüßt, aber im Grunde kann man ja sagen, Einstimmigkeit simuliert. Muss sich die EU da auch wandeln?

Barley: Unbedingt! Das Einstimmigkeitsprinzip gilt nur bei relativ wenigen Entscheidungen, die der Rat fällt. Das ist oft ein Missverständnis in der Öffentlichkeit. Aber bei besonders wichtigen Entscheidungen muss einstimmig entschieden werden. Wir fordern schon lange, das zu ändern. Das stößt auf praktische Probleme, denn die Einstimmigkeit steht in den Verträgen und die Verträge können Sie auch nur einstimmig ändern.

Küpper: War das ein Fehler, dass damals im Dezember so zu machen?

Barley: Das würde ich so nicht sagen. Für diese Entscheidung war das eine Lösung. Aber gleichzeitig ist klar, dass noch andere Blockaden auf dem Tisch liegen. Sie haben den NATO-Beitritt Schwedens erwähnt. Auch beim Haushalt gibt es noch weitere Fragezeichen. Insofern ist das eine Lösung für einmal, aber nicht auf Dauer.

Küpper: Auch bei diesem EU-Sondergipfel, der am Donnerstag ansteht, gibt es einen Vorschlag von Orbáns Unterhändlern, die Gelder nicht wie geplant für vier Jahre zu bewilligen, sondern nur für ein oder zwei Jahre, und dann müsste man wieder neu abstimmen. Wäre das eine für Sie gangbare Variante?

Barley: Ja, das ist ein typischer Orbán. Da sieht man genau, wie er tickt, denn dann hat er ja immer wieder neue Gelegenheiten, um die EU zu erpressen. Das ist das, worum es ihm geht. Wenn man das jedes Jahr neu abstimmen muss, dann wird er jedes Jahr neu mit irgendwas kommen, was er will. In der Regel wird es Geld sein oder, dass man ihm einen Blankoscheck für seine undemokratischen Reformen oder was auch immer gibt. Das wäre, glaube ich, eine absolute Notlösung, aber mit Sicherheit keine Lösung.

Küpper: Braucht es eher ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende?

Barley: Ja! Man muss ihm tatsächlich klarmachen, dass er sich völlig und total ins Abseits manövriert und dann auch nicht mit dem Wohlwollen und Entgegenkommen der anderen

Staaten rechnen kann. Das Blöde ist wirklich, damit setzt er das aufs Spiel, was die EU eigentlich ausmacht. 27 Länder kommen zusammen, um friedlich zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen, was am Ende allen hilft. Das ist die Europäische Union und das ist er dabei zu zerstören.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.